Dr. Erwin Pröll
Landeshauptmann

Herrn
Bundeskanzler Werner Faymann
Ballhausplatz 2
1010 Wien

St. Pölten, am 30. Oktober 2015

LAD1-IE-A-3025/028-2015

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Seit Mitte 2013 beraten die EU und die USA über die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone. Im Mittelpunkt der elften TTIP-Verhandlungsrunde, welche vom 19. bis 23. Oktober 2015 in Miami stattfand, standen die Kapitel Marktzugang und Zölle. Das Thema „Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren" (ISDS) wurde in dieser Verhandlungsrunde nicht behandelt. Nach heftiger Kritik, unter anderem aus Österreich, wurde seitens der Europäischen Kommission ein Vorschlag ausgearbeitet, wonach eine Investitionsgerichtsbarkeit das bisher angedachte System der Streitbeilegung zwischen Investor und Staat ersetzen soll.

Die Verhandlungen zum CETA-Abkommen sind währenddessen bereits abgeschlossen. Im Rahmen dieses Abkommens ist vorgesehen, das Instrument ISDS zu installieren.

Im Zuge der aktuellen Diskussionen über derzeit verhandelte internationale Freihandelsabkommen scheint es wichtig, zum Wohle der EU-Bürgerinnen und -Bürger, derartige Streitbeilegungsverfahren generell näher zu durchleuchten.

Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober 2015 in diesem Sinne einen Antrag der Abgeordneten Gruber, Mag. Riedl, Naderer, Rosenmaier, Landbauer, Hahn, Dworak, Gartner, Onodi, Razborcan, Mag. Scheele, Schagerl, Thumpster MSc, betreffend Stopp TTIP CETA und TiSA – JETZT! zum

3109 St. Pölten Landhausplatz 1 Haus 1a Telefon +43 (0) 2742 9005 DW 15354 Fax +43 (0) 2742 9005 DW 13030
lh.proell@noel.gv.at Internet www.noel.gv.at DVR 0059986

Beschluss erhoben (Ltg.-724-1/A-3/74-2015), wonach die Landesregierung aufgefordert wird, „im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit diese sich auf europäischer Ebene vehement gegen die Ratifizierung der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA in der derzeitigen Form ausspricht".

Ich darf Dich, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ersuchen, Dich im Sinne der Entschließung des NÖ Landtages für die niederösterreichischen Interessen einzusetzen. Der Vollständigkeit halber ist die zum Beschluss erhobene Entschließung des NÖ Landtages in Kopie angeschlossen.

Mit den besten Grüßen